

Vossische



Zeitung

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.—Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zelle 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zelle 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme zu bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur: (im Ausg.) Mandelstam; Carl M. i. d. B. Berlin. Uavert. Manuskript werden zur Zeitungszeit, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Reichstraße 22-26

Posterspedition: Ullstein & Co., Am Dönhofsplatz 7, 10555 Berlin. Für den Fernverkehr: Am Dönhofsplatz 3688-3686, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 9600.

Bessere Friedensaussichten

Die Düsseldorf-Verhandlungen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“
am 17. November
Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der nordrheinischen Gruppe, die heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichsgruppenpräsidenten Bergemann begonnen haben, wurden erst abends um 11 Uhr beendet und werden am Freitag nachmittag fortgesetzt werden.
Der Eindruck, daß die Verhandlungen weiter anzuheben, läßt darauf schließen, daß beide Parteien um eine Lösung des Konflikts bemüht sind, die ihnen möglich ist. — Wenn daraus dürfte es sich vornehmlich noch handeln, — keinen Abbruch tun.

Die Arbeitgeber sind, wie in der „Vossischen Zeitung“ schon gemeldet wurde, im Laufe der Bemühungsarbeiten über ihr früheres Angebot hinausgegangen, indem sie sowohl in der Arbeitszeit, wie auch in der Lohnfrage entgegenkommen sind. Ebenso haben die Gewerkschaften Konzessionen gemacht. Die Hauptforderungen, die in der Gegenüberstellung der Meinungen bezüglich der Durchführung des Lohnfähigkeitsprinzips bestanden, können wohl als befriedigt gelten.
Man erwartet in bestergeren Kreisen, daß im Zuge der augenblicklichen Verhandlungen sich eine Einigungserklärung finden läßt, die beiden Parteien ihre Zustimmung ermöglicht. Sollte heute kein einträgliches Ergebnis erzielt werden, so rechnet man mit einer Fortsetzung der Verhandlungen am Dienstag.

Schwere Entscheidung

Die Abstimmung über die Panzerkreuzerfrage im Reichstag war für seine der Regierungsparteien eine reine Freude. Nicht einmal für alle Sozialdemokraten, die selbstverständlich geschlossen für den Antrag ihrer Fraktion auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues stimmten. Und auch nicht für diejenigen Mitglieder der demokratischen Fraktion und der Zentrumspartei, die durch ihre Stimmabgabe um eine Einigungsfähigkeit gegen den Panzerkreuzer zum Stillschub gebracht hätten. Aber es ging bei dieser Abstimmung um weit mehr als um das Panzerkreuzer. Es handelte sich auch durchaus nicht etwa — wie die Zeitungsblätter und auch wohl ein Teil der Parteimitglieder glauben zu können wollen — um eine Entscheidung für oder wider den Weltkrieg. Es kam vielmehr darauf an, der Regierung aus einer Patsche zu helfen, in die sie nicht ohne Beschulden der Minorität geraten war. An und für sich ist es ja gemäß kein Unglück, wenn ein einzelnes Ministermitglied für ein etwas geht nicht gegen die Natur, sondern liegt sogar im Wesen des Parlamentarismus. Aber mit dem Stützpunkt des Kabinetts hätten Schwierigkeiten eingeleitet, die man selbst dann nicht einträglich lösen dürfte, wenn man sich von „parlamentarischem Realismus“ frei weiß.

Briand an Paul-Boncour

Symptomatische Demissionen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“
* Paris, 17. November
Der Außenminister Briand hat dem französischen Abgeordneten Paul-Boncour in einem ausführlichen Brief auf sein Demissionsschreiben geantwortet. Briand behauptet es außerordentlich, daß Paul-Boncour zum Glück das Stillsitzen genommen hat. Er habe persönlich alles versucht, erklärt er, um ihn davon abzuhalten, und er habe noch im letzten Augenblick gehofft, daß Paul-Boncour von der Demission absehen werde. Schließlich müßte es geteuerlich prinzipielle Gründe sein, die ihn dazu bestimmt hätten, denn er habe die Demission Paul-Boncour während der langen Zeit der Zusammenkunft in Genf zu sehr liebend gekannt, um nicht zu wissen, daß Paul-Boncour sich einzeln und allein von seinem Gewissen leiten lasse.
Er hätte gewünscht, letztere Demission zum Schluß, daß es ihm vergönnt sei, bei einer weniger politischen Gelegenheit öffentlich die außerordentlichen Verdienste Paul-Boncour's um Frankreich und den Völkern anzuerkennen. Die Geschichte einer Zusammenkunft, die auf einem Plane weit entfernt von jeder Parteipolitik stattfand und auf ein freierzeitpolitisches Erwägungen Einfluß hatten.

Demission des sozialistischen Abgeordneten sei ein Fußtritt für den Mann von Dornum und Genf, sei die nachträgliche Bestätigung der Unterstützung, die Briand dem General Paul-Boncour, dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, bei der letzten General-Sammlung geben durfte. Außerdem bemerke sie, wie tanz bereits die Kandidaten in den Kreisen des neu zu bildenden Reichstages geworden wären. Paul-Boncour habe sich rechtzeitig genug von Briand getrennt, um später im Kabinett des neuen Ministerpräsidenten als Briand's Stellvertreter das Außenministerium übernehmen zu können.
Wenn auch Paul-Boncour's Demission ungewollt ein neues Mittel zur Lösung gegen das neue Parlament geschaffen ist, so ist es doch nicht abzusehen, daß dem sozialistischen Abgeordneten damit unentgeltlich persönliche Vorteile unterliegen, wie es die „Rechtsradikale“ tut. Auch ist es zum mindesten verfehlt, von der Resignation des Reichstagsabgeordneten zu sprechen.

16 chinesische Brieten hingerichtet

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“
am 17. November
Die chinesische Regierung geht jetzt energisch gegen das immer mehr um sich greifende Geradenbrot vor. Das militärische Hauptquartier in Hankau ließ gestern 16 Geradenbrot, die bei dem Uebelstand auf den englischen Dampfer „Grafton“ auf der Höhe von Hankau am 4. November beschlagnahmt worden waren, hängen. Die chinesischen Behörden setzen ihre Bemühungen, die anderen sich noch in Freiheit befindenden Mitglieder der Geradenbrotbande zu verhaften, fort.

Blutgedüngtes Land

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“
am Weisgrad, 17. November
„Brenna“ und „Brenna“ berichten über neue Kämpfe der macedonischen revolutionären Organisationen gegen einander. Nach der „Brenna“ sind in Bulgarien-Weisgraden ein Anhänger des Generals Protogeroff von den macedonischen Jungrevolutionären erschossen worden. Nach der „Brenna“ soll auch der bekannte Bandenführer Peter Danche gefallen sein.

Hafenarbeiterstreik in Bordeaux beigelegt

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“
* Paris, 17. November
Die auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Poincaré geführten Schlichtungsverhandlungen im Hafenarbeiterstreik in Bordeaux haben zu einer Einigung zwischen den Beteiligten geführt. Der Streik ist jetzt vollständig beendet worden. Die Hafenarbeiter erhalten einen Gehalt von 36, anstatt, wie verlangt, 38 Franken. Es sollen die Arbeit heute nachmittag um 10 Uhr wieder aufgenommen werden.

Unter diesen Schwierigkeiten soll nicht die Gefahr eines Auftritts des Reichstages oder gar eines Austritts des Reichspräsidenten zu befürchten sein. In den Kreisen der Regierung sind die Gerüchte und Meinungen wiederzugeben worden, die in den Kreisläusen des Reichstages und in der Presse der verschiedenen Parteienfraktionen seit ein paar Wochen fortwährend zu vernehmen waren, ob nämlich der Reichspräsident sich mit dem Reichstagsauflösung begnügen oder ob er das beifällige Wort der Unmöglichkeit einer neuen Präsidentenwahl stellen werde. Streifen sind diese Gerüchte auf die Öffentlichkeit und auf gewisse parlamentarische Kreise nicht ohne Wirkung geblieben. Aber diese Wirkung war durchaus nicht etwa einseitig. Es überwiegt nicht die Furcht vor neuen Wahlen, sondern mindestens ebenso stark war der Trost hervorzuheben, die solche politischen Wendungen zu vermeiden. In der Reichstagsauflösung liegt der Reichstag, wenn er persönlich Willen des Reichspräsidenten zuzuerhandeln, der Gefahr der Auflösung aus. Aber heute ist auf der Seite des Reiches kein Anzeichen, sondern ein Willens, der die persönlichen Empfindungen hinanzustellen und als politischen Grund zu verstehen und handeln will. Das sind Gründe, die man nicht ohne weiteres über den Kopf des Reichspräsidenten hinweg aus dem Auge und der Autorität des Reichspräsidenten getrieben werden soll. Wenn diese alle Streikmethode wieder einleiten sollte, so würde mit dem verurteilten Reichstag ein ernstes Ereignis zu reden sein. Die Zeit, wie die Wahrung noch im Streik mit der Würdigung umsprang und dadurch manchen, der auf ihre Angelegenheiten baute, in recht unangenehme politische Situationen brachte, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Die republikanische Wahrung tut gut nicht den Glauben zu erwecken, daß die Partei der Wahrung wenig ehrenwerten Traditionen der kaiserlichen Wahrung zu pflegen beabsichtigt. Es war von Anfang an klar, daß hier nicht weiter als ein großer Schritt gemacht werden, der schonungslos eintritt werden muß, wenn die Abstimmung im Reichstag nach dem hiesigen Grundgesetz für oder gegen den Panzerkreuzer hätte vorgenommen werden können.

Das Direktionskomitee der sozialistischen Gewerkschaften teilt mit, daß der Reichspräsident die Demissionsschreiben Poincaré in den Abhandlungen der Kammer, der man in politischen parteipolitischen Kreisen eine große Bedeutung beizumessen zu können glaubt. Daß die Demission Paul-Boncour's ein symptomatische Bestätigung für die politische Stellung des Kabinetts Poincaré hat, daß sie die gefährliche Situation dieser neuen Regierungskombination und den unbedingten Oppositionscharakter der Wintern folgerichtig bekräftigt, darüber ist sich alle Welt in Paris einig.
Das Direktionskomitee der sozialistischen Gewerkschaften teilt mit, daß der Reichspräsident die Demissionsschreiben Poincaré in den Abhandlungen der Kammer, der man in politischen parteipolitischen Kreisen eine große Bedeutung beizumessen zu können glaubt. Daß die Demission Paul-Boncour's ein symptomatische Bestätigung für die politische Stellung des Kabinetts Poincaré hat, daß sie die gefährliche Situation dieser neuen Regierungskombination und den unbedingten Oppositionscharakter der Wintern folgerichtig bekräftigt, darüber ist sich alle Welt in Paris einig.
Die Demission Paul-Boncour's muß unbedingt als eine Niederlage des Kabinetts Poincaré gewertet werden. Der letzte Demission sollte die Kräfte der Reichsregierung, der „Kemp's“ weitlich nur mit einigen trübsinnigen Schwimmanzeln zu helfen. „Der Genfer Delegationskomitee“, schreibt er, „hat nicht wieder einen Parteitag übergeben werden, vor allen Dingen nicht einem Parteitag, der in Genf nicht etwa die nationalen Interessen, sondern die internationale Idee der Demokratie und der neue ein „Konstitutionelles Programm“ ist, lautet ihm nämlich die Zusammenfassung der Regierungspolitik.“
Die nationaldemokratische „Rechtsradikale“ verlangt jedoch Paul-Boncour gegen Briand auszuscheiden, indem sie behauptet, die